



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 0 - V - 5 1 - 0 0 0 6  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Maßnahmen Schulsozialarbeit an Grund- und Sekundarschulen zur Handlungsstrategie  
Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

## DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 25.739.704,01  
 in %: 7,40

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	Personalkosten	46.906,25 €			1300177	630098	51 Schulsozialarbeit/ Betreuende Grundschulen
<b>Summe 2020 Kosten:</b>				<b>46.906,25 €</b>					
	x	2021 ff	Personalkosten	93.812,50 €			1300177	630098	51 Schulsozialarbeit/ Betreuende Grundschulen
<b>Summe 2021 ff Kosten:</b>				<b>93.812,50 €</b>					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)  
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Für die Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte Menschen sind in den Haushalt 2020/2021 u. a. Personalkosten für Koordinationsstellen in der Schulsozialarbeit (5101) und Betreuende Grundschulen (5105) bereit gestellt worden. Diese sollen Strategien entwickeln, Herkunftsbenachteiligung im Kontext Digitalisierung zu verhindern und mit Hilfe des frühzeitigen Abrufs für Lernförderangebote vorzubeugen.

### Anlagen:

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Zum Schuljahr 2020/21 wird eine 50%-Stelle Koordination bei 5101 *Schulsozialarbeit* eingestellt. Diese soll das Themenfeld für Medien-Know-How-Transfer für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit Wiesbaden aufgreifen und vermitteln.
- 1.2 Zum Schuljahr 2020/21 wird eine 75%-Stelle Koordination bei 5105 *Betreuende Grundschulen* eingestellt. Diese soll das Themenfeld Nachmittagsbetreuung in Wiesbaden aufgreifen und dort besonders Lernförderangebote für herkunftsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler in die Netzwerke der Grundschulen einbinden.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Der Schaffung von 1,25 Planstellen (TVöD S15) Koordination bei 5101 *Schulsozialarbeit* und 5105 *Betreuende Grundschulen* wird zugestimmt.
- 2.2 Dezernat VI/51 wird beauftragt, die notwendigen Stellenbesetzungsverfahren einzuleiten und die Planstellen für den Stellenplan 2022/2023 anzumelden.
- 2.3 Nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung sowie vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/23 können die Planstellen zum 01.07.2020 überplanmäßig besetzt werden.
- 2.4 Im Rahmen der Regelung zur Steuerung der Personalkosten ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals Dez. VI/Amt 51 ab dem 01.07.2020 um 1,25 VZÄ im Bereich 5101/5105 Schulsozialarbeit/Betreuende Grundschulen zu erhöhen.
- 2.5 Auf der Kostenstelle 1300177 Schulsozialarbeit/Betreuende Grundschulen entstehen Kosten in Höhe von 46.906,25 € für das Jahr 2020 und 93.812,50 € für das Jahr 2021.  
Die von der Haushaltsplanung abweichenden Personalkosten sind der Neubewertung der Stelle Koordinationstätigkeit 5105 geschuldet. Die zusätzlichen Kosten für 2020 in Höhe von 1.346,25 Euro und für 2021 in Höhe von 872,50 Euro werden aus dem Budget Dez. VI/ 5101/5105 gedeckt.
- 2.6 Ab 2022 ff. entstehen Kosten in Höhe von 93.812,50 €. Diese werden von Dez. VI/51 zum Haushalt 2022/2023 angemeldet. Die Eingabevorgaben sind um diesen Betrag zu erhöhen.
- 2.7 Dezernat VI/51 wird beauftragt, Dezernat I/11 umgehend zu informieren sofern eine Unterbringung des zusätzlichen Personals im Bestand nicht möglich ist. In diesem Fall ist die Anmietung zusätzlicher Flächen dem Magistrat durch Dezernat VI/51 im Rahmen einer gesonderten Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

## II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

*„Die internationale vergleichende Studie ICILS 2013 (...) hat sehr deutlich aufgezeigt, dass das Aufwachsen in einer digitalen Welt nicht automatisch dazu führt, dass alle Jugendlichen über die für eine Teilhabe an der Gesellschaft und Arbeitswelt notwendigen Kompetenzen im Umgang mit neuen Technologien und digitalen Informationen verfügen. Die Studie konnte zeigen, dass insbesondere Jugendliche aus sozioökonomisch weniger privilegierten oder bildungsfernen Familien zu besonders hohen Anteilen nur über sehr basale Kompetenzen verfügen. Im Zusammenhang mit Bildungsgerechtigkeit stellt sich daher die Frage, wie es zukünftig besser gelingen kann, alle Heranwachsenden so an den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen teilhaben zu lassen, dass sie auf ein selbstbestimmtes und kompetentes Handeln in einer veränderten Lebens- und Arbeitswelt vorbereitet sind. Dabei wird deutlich, dass eine systematische Verknüpfung formaler und non-formaler Bildung unerlässlich ist und hier nicht nur der Schule, sondern auch der Jugendarbeit eine verantwortungsvolle Rolle zukommt. O. g. Studie macht deutlich, dass Jugendliche trotz ihrer steten Nutzung digitaler Medien nicht automatisch über computer- und informationsbezogene Kompetenzen verfügen und durch umfängliche Wandlungsprozesse des Arbeitsmarktes in nahezu allen angestrebten Berufsfeldern neue Technologien und digitale Grundkenntnisse vorausgesetzt werden.“  
(dreizehn, Zeitschrift für Jugendsozialschutz Heft 18/2017, Seite 25)*

*Mit dem Starke-Familien-Gesetz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sollen die Chancen für Kinder verbessert werden. Ein Angebot des Gesetzes im Rahmen des Bildungspakets ist die Lernförderung. Durch Bildung soll Ausgrenzung vermieden und Teilhabe ermöglicht werden.*

*Der Zugang zu diesem Angebot wurde durch das Starke-Familien-Gesetz erleichtert, da z. B. die Versetzungsgefährdung nicht mehr ausschlaggebend für die Bewilligung ist. Der individuelle Zugang für die Kinder, die Lernförderung in Anspruch zu nehmen, erhöht sich, wenn die Angebote an den jeweiligen Grundschulen stattfinden, da die Kinder keine zusätzlichen Wege haben, da sie bereits am Lern- und Lebensort Schule sind.*

*Dies braucht Koordinierung vor Ort mit allen Beteiligten, insbesondere mit den Lehrerinnen und Lehrern.*

## III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## IV. Ergänzende Erläuterungen

*(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)*

## V. Geprüfte Alternativen

*(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)*

Wiesbaden, 10. März 2020

5101  
5105

Goldmann (4695/go)  
Richter (3534/ri)

51.4 dezentrale  
Steuerungsunterstützung  
(4261/bu)

Manjura  
Stadtrat